

Regionalbewußtsein und Regionalismus in Westfalen vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik

I. Fragestellung

Regionalbewußtsein läßt sich als das Bewußtsein von den Grenzen, der Geschichte und den Merkmalen einer Region und ihrer Bewohner charakterisieren. Es ist häufig Grundlage für das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Region, für Heimatgefühl, darüber hinaus auch für Regionalismus, d. h. den Wunsch, die Interessen einer Region gegenüber einer zentralen Macht oder einer konkurrierenden Region stärker zur Geltung zu bringen. Die Anfänge von Regionalbewußtsein zeigen sich in den Quellen zum ersten Mal im 14. Jahrhundert, als mehrere Chronisten – parallel zu den Anfängen eines auflebenden Nationalbewußtseins – versuchten, den Raum und die Bevölkerung bestimmter Territorien zu beschreiben. Dabei schrieben sie den Bewohnern in der Regel hervorragende Charaktereigenschaften zu, werteten Kritik und Spott, die etwa in Reiseberichten und Landesbeschreibungen zutage traten, positiv um und führten die Herkunft dieser Bewohner häufig auf germanische Stämme, z. T. sogar auf Griechen, Trojaner und biblische Figuren zurück, um ihnen eine möglichst lange und ruhmvolle Vergangenheit zu geben. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts entwickelte sich auf diese Weise ein breites Spektrum von Charakteristika der Landschaften und der „Stämme“ Deutschlands, die als Stereotypen wiederum die Selbst- und Fremdwahrnehmung prägten.¹

Unter dem Einfluß der Französischen Revolution und des romantischen Volksbegriffs gab das entstehende Bürgertum jedoch im 19. Jahrhundert dem Ziel der deutschen Einheit und Nationalstaatsbildung Priorität. Erst nachdem dieses Ziel mit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 erreicht worden war, regionalisierte sich das historische und politische Interesse des Bürgertums wieder. Trotz des Autonomieverlustes früherer Territorien entwickelte sich jedoch im Kaiserreich kein Regionalismus, und auch während des 20. Jahrhunderts war der Regionalismus für die Stabilität und Integrität des politischen Systems keine ernsthafte Gefahr. Nichtsdestoweniger gab es Phasen, in denen das historisch-kulturell fundierte Regionalbewußtsein politisiert wurde. Hier soll am Beispiel Westfa-

1 Vgl. dazu die Literaturangaben in: K. Ditt, Was ist 'westfälisch'? Zur Geschichte eines Stereotyps, in: Westfälische Forschungen 52 (2002), S. 45-94.

lens dargestellt werden, unter welchen Bedingungen diese Politisierungsversuche erfolgten, von welchen Kräften sie ausgingen und warum die politischen Konsequenzen gering blieben.

II. Kaiserreich

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts existierte in Westfalen ein Bewußtsein von den räumlichen Grenzen und dem „Charakter“ der hier lebenden Bewohner. Seit dem Hochmittelalter wurde unter Westfalen ein Gebiet zwischen Rhein und Weser, Friesland und Hessen verstanden. Dieses Raumbewußtsein blieb jedoch diffus und hatte zu keinen Initiativen geführt, eine politische Eigenständigkeit dieses Raumes herbeizuführen. Nicht einmal die Gründung der preußischen Provinz Westfalen im Jahre 1815, die das nördlich liegende Niederstift Münster ausschloß und damit faktisch eine Halbierung des Raumes Westfalen bedeutete, rief Protest hervor. Bedeutungsvoller für das räumliche Westfalenbewußtsein wurden erst die Grenzen der 1815 bestimmten preußischen Provinz; sie prägen auch heute noch – seit 1947 unter Einschluß Lippes – das Verständnis des westfälischen Raumes.

Das zu Beginn des 19. Jahrhunderts herrschende Verständnis vom „Wesen“ oder „Charakter“ der Westfalen basierte zum einen auf der Lobeshymne des Mönches und Geschichtsschreibers Werner Rolevinck „De Laude Antiquae Saxoniae Nunc Westphaliae Dictae“ aus dem Jahre 1478 und auf den Gedanken des Humanisten Ulrich von Hutten aus dem frühen 15. Jahrhundert. Danach zeichnete sich die Bevölkerung dieses Raumes durch eine gewisse Widerständigkeit und Kampfkraft aus, die sie in den Kämpfen gegen die Römer, dann gegen die Christianisierungsversuche der Sachsen bewiesen hätten. Reiseberichte über Westfalen aus dem 16. bis 18. Jahrhundert sowie die romantische Dichtung zu Beginn des 19. Jahrhunderts ergänzten diese Vorstellungen um die Charakterzüge der Bäuerlichkeit und Urtümlichkeit, der Einfachheit und Beharrungskraft.²

Diese Vorstellungen vom Raum Westfalen und dem Charakter seiner Bewohner bildeten die Kernelemente des Regionalbewußtseins. Sie wurden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eher popularisiert als kritisch betrachtet, obwohl Westfalen zu einer der führenden Industrieregionen des Deutschen Reiches aufgestiegen war. Auf der Grundlage eines wachsenden Interesses an der Vergangenheit versuchten insbesondere die in kulturell-wissenschaftlichen Vereinen organisierten Bürger, historische Fakten und Besonderheiten ihres engeren Lebensraumes zu ermitteln – nicht zuletzt um dessen Anteil an der Geschichte des nationalen Aufstiegs

2 Vgl. ebd.

hervorzuheben zu können. Hinzu kam angesichts der wachsenden Urbanisierung und Industrialisierung, d. h. der Zerstörung traditionaler Lebenswelten, das Interesse, die naturhaften und kulturellen Zeugnisse der Vergangenheit und Gegenwart des regionalen Raumes zu sichern, zu sammeln und zu erforschen. Diesem Interesse kam der Preußische Staat entgegen, indem er in seinen Provinzen sog. Provinzialverbände, d. h. höhere Selbstverwaltungsorganisationen, gründen ließ und ihnen u. a. die Aufgabe der Kulturpolitik übertrug, d. h. im Sinne der Zeit die Denkmalpflege, die Gründung von Provinzialmuseen für Naturkunde, Archäologie und Kunst sowie die Subventionierung kulturell-wissenschaftlicher Vereine und Kommissionen.³ Diese Politik förderte nicht nur das historische Interesse und Regionalbewußtsein, sondern unterstützte zugleich auch ein bürgerliches Kulturengagement, das politisch als ungefährlich erschien.

Seit der Jahrhundertwende begannen jedoch die entstehenden Heimatvereine, die mit den stärker professionalisierten historischen Vereinen zu einem Sammelbecken lokal und regional interessierter Bürger wurden, die Zeugnisse der Vergangenheit nicht mehr nur in nostalgisch-antiquarischer Zielsetzung zu beschreiben, sondern sie in der Nachfolge romantischer Anschauungen als Elemente eines „Volkstums“, d. h. eines stammhaft-regionalen Wesens, zu interpretieren und die Erkenntnisse den Zeitgenossen zu vermitteln, um sie zu Selbsterkenntnis und Selbstbewußtsein zu führen.⁴ Dies erschien gerade dem Geschäftsführer des Westfälischen Heimatbundes (WHB), dem Volksschullehrer und Mundartdichter Karl Wagenfeld, erforderlich, der auf Erfahrungen aufbaute, die er als Lehrer in einer rasch wachsenden, durch ostdeutsche und polnische Zuwanderung geprägte Zechengemeinde des nördlichen Ruhrgebiets gemacht hatte. Er befürchtete aufgrund der wachsenden Zuwanderung von Arbeitskräften, die aus den deutschen Ostprovinzen in das boomende Ruhrgebiet zogen, eine „Überfremdung“ Westfalens, eine „durch die vordrängende Industrie drohende Kultur- und Rassenverderbnis“.⁵ Darüber hinaus sahen manche Heimatfreunde auch in der Erforschung und Aufwertung der regionalen Stammeskultur eine Reformmöglichkeit des ritualisierten, in Militarismus und Hohenzollernverehrung erstarrten Nationalismus der Wilhelminischen

3 Vgl. K. Teppe (Hrsg.), Selbstverwaltungsprinzip und Herrschaftsordnung. Bilanz und Perspektiven landschaftlicher Selbstverwaltung in Westfalen, Münster 1987; K. Ditt, Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923–1945, Münster 1988.

4 Vgl. K. Ditt, Vom Heimatverein zur Heimatbewegung. Westfalen 1875–1915, in: Westfälische Forschungen 39 (1989), S. 232–255.

5 Schreiben Wagenfelds an Kerckerinck zur Borg vom 19.10.1913, in: Verwaltungsarchiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Nachlaß Kerckerinck zur Borg, Kul Nr. 114.

Gesellschaft. Denn das Deutsche Reich verdanke seine Größe nicht allein den Hohenzollern, sondern auch der deutschen Kultur. Diese wiederum sei nicht nur aus den Werken großer Dichter, Künstler und Wissenschaftler, sondern auch aus der Heimat und dem „Volkstum“ der deutschen Stämme erwachsen. Heimatkultur und Heimatbewußtsein waren aus dieser Perspektive antielitäre, völkische Voraussetzungen und Bausteine eines neuen Nationalismus „von unten“.

III. Weimarer Republik

Die im Kaiserreich erfolgende allmähliche Aufwertung der Heimatkultur und des Regionalbewußtseins, die zunächst nur von einem Teil der klein- und mittelstädtischen Honoratioren geteilt wurde, fand in der Weimarer Republik weitere Resonanz. Vielen Konservativen erschien die Niederlage Deutschlands im Weltkrieg als Konsequenz einer wachsenden kulturellen Öffnung nach Westen. Als Voraussetzung für eine „Wiedergeburt“ forderte deshalb die Heimatbewegung, „die inneren Werte des deutschen Volkes“, etwa Innerlichkeit, Wahrhaftigkeit und Idealismus, gegen die als westlich empfundenen „Tendenzen des Materialismus und der Zivilisation“ zu verteidigen.⁶ Die Bevölkerung sollte sich auf die „deutsche Art“, Geschichte und Kultur zurückbesinnen und sich vor den Einflüssen der Zivilisation schützen. Dazu gehörte auch der Schutz ihrer räumlich-biologischen Grundlagen, d. h. die Abwehr von Zuwanderung und „Rassenmischung“. Darüber hinaus gab die in der Weimarer Republik zutage tretende Schwäche der Zentralgewalt dem Regionalbewußtsein politischen Rückenwind. Zutreffend diagnostizierte der Historiker Hermann Aubin: „Je mehr der Boden des Staates schwankte und je lockerer seine zentrale Gewalt wurde, desto fester erschien der Boden der Landschaft.“⁷

Vor diesem Hintergrund entwickelte in Westfalen Karl Wagenfeld die Forderung, zu den „Ursprüngen“ zurückzukehren, d. h. die Bindungen des einzelnen an „Volkstum“ und Vaterland, an Heimat, Familie und Gott wiederherzustellen und das „Volkstum“ selbst in seinem Wesen und seinen Zeugnissen zu schützen. „Das Volkstum“, „die Seele“ oder „das Wesen“ der Bevölkerung einer Region, sei aus den künstlerischen und alltäglichen Zeugnissen eines „Stammes“ und seiner Region zu erkennen. Wagenfeld sah es teils durch die „Landschaft“, teils durch den „Stamm“ und die

6 Vgl. E. Rudorff, Heimatschutz, Berlin o. J. [1904]; W. Schoenichen, Naturschutz, Heimatschutz. ihre Begründung durch Ernst Rudorff, Hugo Conwentz und ihre Vorläufer, Stuttgart 1954.

7 Westfälischer Heimatbund. Berichte über die Hauptversammlung des Bundes (9. Westfalentag, Dortmund, 31. Mai und 1. Juni 1928). Zugleich Jahresbericht, S. 11.

„Rasse“ bestimmt. Die Bevölkerung sollte durch Forschung und Belehrung mit der heimatlichen Umgebung vertraut gemacht werden; aus dieser Kenntnis sollten Volkstumsbewußtsein und Heimatliebe erwachsen. Wagenfelds gesellschaftspolitisches Ideal war ein seßhaftes, bodenverbundenes Volk, ein „Volksorganismus“, der sich aus zahlreichen „Volkstümmern“ zusammensetzen sollte.

Aus der Hochschätzung des „Volkstums“ und der Förderung regionalen Selbstbewußtseins war damit eine konservativ-demokratische, regionalorientierte Reformkonzeption geworden. Daraus erklärt sich auch, daß Wagenfeld weniger die kleine Schicht der Bildungsbürger als vielmehr die gesamte Bevölkerung ansprechen wollte. Gerade die „Heimatlosen“, „Entwurzelten“ und „Enterbten“ sollten „zu den Quellen deutschen Wesens“, d. h. an „Heimat“, „Stamm“, „Geschichte“ und „Landschaft“, herangeführt werden. Dann würden „sie nicht mehr Fremde sein im eigenen Vaterlande. Alle deutschen Volksgenossen würden miteinander paktieren“ können, da das Bekenntnis zur Heimat allen, gleich welcher Konfession und Partei, möglich sei. Heimatbewußtsein und Heimatliebe erschienen Wagenfeld also als geeignete Voraussetzungen, um die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme der Gegenwart zu lösen, weil sie interessenübergreifend, gemeinschaftsbildend und identitätsstiftend wirkten. Letztlich erweiterte Wagenfeld damit eine Aufgabenstellung der Heimatbewegung aus dem Kaiserreich, Natur und Kultur vor den Einflüssen („Verschandelungen“) der Zivilisation zu schützen, auf den Menschen. Die Heimatvereine sollten dazu beitragen, auf der Basis der deutschen „Stämme“ eine „arteigene“, national- und heimatbewußte „Volksgemeinschaft“ zu schaffen.⁸ Durch Vorträge auf Versammlungen und im Rundfunk, durch Artikel in Heimatzeitschriften und durch die Organisierung jährlicher „Westfalentage“ sollte der westfälischen Bevölkerung, die als sozial, politisch und religiös gespalten dargestellt wurde, ihr „Volkstum“ bewußt und ein Integrationsangebot gemacht werden.⁹

Gegen Ende der 1920er Jahre wurde dieser Versuch, das Stammes- und speziell das Westfalenbewußtsein zivilisationskritisch zu begründen und als nationale Erneuerungsstrategie zu propagieren, durch einen weiteren Ver-

8 Zitate aus K. Wagenfeld, Heimatschutz-Volkssache, in: Heimatblätter der Roten Erde 5 (1926), S. 1-4.

9 Die Denkschriften findet sich in: Nachlaß Karl Wagenfeld, Kapsel: Westfälischer Heimatbund, in: Universitätsbibliothek Münster, sowie abgedruckt bei W. Schulte, Der Westfälische Heimatbund und seine Vorläufer, Münster 1973, S. 296-298. Vgl. für Niedersachsen W. Hartung, Konservative Zivilisationskritik und regionale Identität. Am Beispiel der niedersächsischen Heimatbewegung 1895 bis 1919, Hannover 1991, S. 170 ff.

such der Politisierung ergänzt und umgelenkt. Die anlaufende Diskussion über eine Reichsreform sollte eine territoriale Neugliederung und Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Reich, Ländern, Provinzialverbänden und Kommunen herbeiführen, um eine Vereinfachung und Rationalisierung der Verwaltung zu ermöglichen. Darüber hinaus sollte sie den alten Dualismus zwischen Preußen und dem Reich auflösen und eine „Flurbereinigung“ unter den Kleinstaaten bringen. Da jeder Reformvorschlag die territorialen Grenzen der Provinzen und Länder berühren mußte und Chancen zu einer erweiterten Selbstverwaltung eröffnete, kam es zu ausgedehnten Diskussionen, an denen sich in Westfalen vor allem die Vertreter des Provinzialverbandes kräftig beteiligten. Vor allem bezogen sie Stellung gegen die Ansprüche, die die Provinz Hannover auf „westfälisches Territorium“ erhob, und traten im Gegenzug für eine Erweiterung der Provinzgrenzen Westfalens in die Provinz Hannover hinein ein.¹⁰

Dem Provinzialverband gelang es, mit Hilfe einer erhöhten Subventionierung den Westfälischen Heimatbund für die eigenen Interessen einzuspannen.¹¹ Dessen Arbeit konzentrierte sich daraufhin mehr auf gegenwartsorientierte Aufgaben und unterstützte die raumpolitischen Interessen des Provinzialverbandes Westfalen. Der von Wagenfeld verfolgte ursprüngliche Anspruch, kulturbildend und national erzieherisch zu wirken, wurde allmählich durch eine regionalpolitische Zielsetzung überlagert. Obwohl der WHB zahlreiche neue öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zugunsten eines westfälischen Regionalismus entfaltete, gelang es weder ihm noch dem Provinzialverband, das Westfalenbewußtsein in der Bevölkerung soweit zu mobilisieren und zu politisieren, daß sich die öffentliche Stimmung gegen Preußen oder Hannover wandte. Zum einen entsprach „die

10 Vgl. generell K. Ditt, Regionalismus in Demokratie und Diktatur. Die Politisierung der kulturellen Identitätsstiftung zwischen Weimarer Republik und Bundesrepublik, in: Westfälische Forschungen 49 (1999), S. 421-436.

11 In dem Ende 1930 verabschiedeten Programm des WHB hieß es dementsprechend, seine Arbeit solle darin bestehen, „neben der Sammel- und Erhaltungsarbeit des Alten ... für die brennenden Fragen der Gegenwart im Dienste am deutschen Menschen Lösungen anzubahnen. Die bisherige, in ihrer Bedeutung neuerdings oft verkannte konservierende Arbeit des Heimatschutzes war einer rein rational eingestellten, die Gemüts- und Kulturwerte der Heimat vernichtenden Zeit gegenüber gewiß und durchaus nötig. Unsere Gegenwart sieht aber nun eben den Menschen selber, die Familie, in Not; das Kulturbewußtsein schwindet merklich. Dazu kommt – nicht nur für Westfalen – die Problematik aller Heimatpflege durch die Industrialisierung, den Zuzug Fremdstämmiger usw. Auch ... die Frage nach dem, was als westfälisch anzusprechen sei, ob und inwiefern ihm innerhalb des Niederdeutschen ein eigener Wert zukomme, muß endlich aus dem Bereich des Gefühlsmäßigen einer greifbaren Lösung zugeführt werden. Ein westfälisches Bewußtsein ist zu wecken. Dies um so mehr, als die kommende Reichsreform, soll sie nicht rein verwaltungspolitisch verlaufen, ein sich seiner Art bewußtes Geschlecht voraussetzt“. Der Westfälische Heimatbund 1930, o.O. o.J., S. 5.

Bedrohung“ der territorialen Integrität Westfalens durch die Provinz Hannover keineswegs etwa derjenigen der deutschen Grenzprovinzen durch die angrenzenden Staaten. Zum anderen blieb die Argumentation zur Stärkung eines Westfalenbewußtseins in hohem Maße bildungsbürgerlich geprägt und wurde von keiner der etablierten Parteien übernommen, nicht einmal von der NSDAP.

IV. Drittes Reich

Der Beginn des Dritten Reiches bedeutete trotz aller Kontinuität der Volkstums- und Stammesrhetorik und der unterschwellig weiterlaufenden Diskussion um die Reichsreform letztlich einen energischen Schritt zu einer Zentralisierung. Die durch die Reichsreformdiskussion entfachten regionalen Konkurrenzen entfielen, die hochfliegenden Pläne auf Realisierung einer stärkeren provinziellen Selbstverwaltung wurden Makulatur, und das von der Heimatbewegung und dem Provinzialverband geförderte Regionalbewußtsein geriet in die Konkurrenz zu dem von der NSDAP propagierten deutschen Volksbewußtsein.

Auch in Westfalen blieb die Gleichschaltung des Provinzialverbandes und seiner kulturellen Trabantenorganisationen, die die Hauptinteressenten der Stärkung eines kulturellen Westfalenbewußtseins und die Haupttriebkkräfte eines westfälischen Regionalismus waren, nicht aus, da jetzt die NSDAP beanspruchte, die Interessen aller Bevölkerungsgruppen zu vertreten und „der einzige große Willensträger des Volkes“ zu sein.¹² Ihr Ideal war der Volksstaat, in dem ein unbeschränkter Führer den Willen des Volkes vollziehen und lenken sollte. Darüber hinaus wurde die provinzielle Kulturpolitik und das von ihr geförderte Westfalenbewußtsein durch die Konkurrenz der nationalsozialistischen Kulturpolitik herausgefordert. Grundsätzlich waren beide Gemeinschaftsideologien kompatibel. Beide basierten auf dem Glauben an die Existenz eines „Volkstums“, aus dem die Kultur erwachse, und an die Bedeutung der Zugehörigkeit zu einer spezifischen Heimat, die stärker als die Konfessions- und Klasseninteressen sei bzw. bewußt gemacht werden müsse. Beiden waren Heimat, Volkstum und Rasse nicht nur Begriffe der Integration und Identifikation, sondern auch Instrumente der Exklusion. Politisch waren die Heimatschützer meist kon-

¹² Vgl. K. Fiehler, Volksverbundene Gemeindeverwaltung, in: Die nationalsozialistische Gemeinde 4 (1936), S. 366-370; ders., Gedanken zur Reichsgemeindeordnung, in: Der Gemeindetag 28 (1934), S. 546-548; K. Jeserich, Die kommunale Selbstverwaltung im nationalsozialistischen Staat, in: Der Gemeindetag 27 (1933), S. 309-311; H. Tießler, Die Selbstverwaltung der preußischen Provinzialverbände, in: Die nationalsozialistische Gemeinde 5 (1937), S. 524-527.

servativ, deutschnational, ja – wie z. B. der Vorsitzende des DBH, Paul Schultze-Naumburg – direkt nationalsozialistisch orientiert. Tendenziell konnten damit Provinzialverbände und Heimatbewegung einerseits sowie die NSDAP andererseits auf dem Felde der Kulturpolitik Bündnispartner werden.

Es gab jedoch nicht nur Übereinstimmungen, sondern auch Differenzen. Während die Vertreter der Heimatbewegung die Prägekräfte für das „Wesen“ und die Kultur einer Bevölkerung in einem breiten Ursachenspektrum von landschaftlichen, geschichtlich-kulturellen, stammlich-rassischen Prägekräften sahen, ohne diese hierarchisieren zu wollen, betrachteten die Nationalsozialisten letztlich die Rasse als entscheidende Determinante des Wertes und der Kultur einer Bevölkerung. Dafür hatten viele Heimatschützer ein geschlossenes Verständnis von Kultur, das sich gegen spezifische Erscheinungen der „westlichen Zivilisation“, d. h. der Massenkultur, z. B. gegen Kino, Sport, leichte Musik und Tanz, Mode etc.), der Großtechnik und des Großkapitalismus wandte, weil diese als nivellierend und oberflächlich, als bedrohend für die Bindungen an Heimat und Volkstum, empfunden wurden. Die Nationalsozialisten zeigten in dieser Frage ein breiteres Meinungsspektrum. Schließlich stellte die Heimatbewegung mit ihrer Betonung der landschaftlich-stammhaften Eigenart, der Heimatliebe und des Volkstumsstolzes vielfach die kulturelle Hilfstuppe für politische, auf größere regionale Eigenständigkeit zielende Bestrebungen, während die Nationalsozialisten trotz aller Betonung der Werte von „Volkstum“, „Heimat“ und „Selbstverwaltung“ einen zentralistischen Kurs verfolgten. Die Übereinstimmung in wesentlichen Grundwerten und Zielsetzungen ließ eine Förderung der kulturellen Provinzialpolitik und der Heimatbewegung durch die Nationalsozialisten erwarten, ihr antizivilisatorischer Eifer und ihre regionalistische Orientierung legten dagegen Kontrollmaßnahmen nahe.

Die politischen und institutionellen Konfliktkonstellationen sowie die ideologischen Unterschiede waren jedoch bis zum Zweiten Weltkrieg nicht so groß, als daß sich die provinzielle Kulturverwaltung, die Heimatbewegung und die Nationalsozialisten in Westfalen nicht hätten gegenseitig wohlwollend anerkennen können. Personell verlief die Gleichschaltung des Provinzialverbandes und der Heimatbewegung problemlos; z. T. kam es sogar auf der unteren Ebene der provinziell beeinflussten und der nationalsozialistischen Kulturorganisationen zu Personalunionen. Sachlich verblieben dem Provinzialverband und den von ihm geförderten Vereinen die traditionellen Aufgaben, die in hohem Maße die Bildung und das kulturelle Interesse des Bürgertums ansprachen. Die NSDAP-Organisationen, d. h. bis 1934 vor allem der Reichsbund „Volkstum und Heimat“ sowie die „NS-

Kulturgemeinde“ und die Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ der „Deutschen Arbeitsfront“, orientierten sich dagegen durch die Bereitstellung eines Unterhaltungsangebotes stärker auf die Unterschichten, so daß sich faktisch eine Arbeitsteilung herausbildete. Davon profitierten beide Seiten: Provinzialverband und Heimatbewegung erhielten Legitimität und neue Resonanz, die NSDAP Gelegenheit zur Selbstdarstellung sowie Kompetenzen und direkte Hilfen bei kulturellen Veranstaltungen. Nur auf einzelnen Feldern der Wissenschaft entstanden Konkurrenzen und Konflikte, bei denen der Verband in der Regel die etablierten, seriöseren Wissenschaftler, die Partei die Macht der Zensur auf ihrer Seite hatten. Letztlich gaben die Kulturpolitik des Provinzialverbandes und die Heimatbewegung ihre regionalpolitische Ausrichtung nicht preis, blieben weiterhin auf die Erforschung und Darstellung von Raum und Wesen der Westfalen ausgerichtet und damit vorsichtige Exponenten einer Verteidigung der Selbständigkeit Westfalens und des Westfalenbewußtseins.

Faktisch bildete sich ein *modus vivendi* heraus, bei dem der Provinzialverband die kulturpolitische Autonomie, die er in der Weimarer Republik ausgebaut hatte, dem weltanschaulichen Weisungsrecht der NSDAP unterordnete, dafür aber die Bedeutung der dienenden Funktion der provinziellen Kulturpolitik für Partei und Staat betonte.¹³ Die auf den gleichen Grundwerten von Rasse und Raum, Heimat und Volkstum entfaltete, systemkompatible Doppelstrategie des Provinzialverbandes sowie seiner Trabanteninstitutionen und -organisationen erlaubte, das Westfalenbewußtsein innerhalb des Nationalbewußtseins zu stärken, und verhinderte, daß die provinzielle Kulturpolitik zu einem bloßen Vollzugsorgan des Staates und der NSDAP wurde. Für die NSDAP stellte die Spannung zwischen Landschaft und Staat, Selbstverwaltung und Führerprinzip, ja das kulturelle Autonomiebestreben der Provinzialverbände letztlich auch keine ernsthafte Gefahr dar, unterstanden sie doch nationalsozialistischer Führung und konnten sie doch in ihrem Resistenzpotential von den eigenen Experten überwacht und kontrolliert werden.

Erst im Verlauf des Zweiten Weltkriegs zeigte sich, daß die Grenzen für eine vergleichsweise autonome landschaftliche Kulturpolitik und die Förderung des Westfalenbewußtseins eng gesteckt waren; jetzt kam es zu ernsthaften Differenzen. Die Diskussion in den verwaltungspolitischen Fachblättern sprach dafür, daß die Provinzialverbände nach dem Krieg stärker denn je dem Weisungs- und Aufsichtsrecht der Reichsstatthalter unter-

13 Vgl. E. Kühl, Aufgaben regionaler Kulturpflege im nationalsozialistischen Staat, in: Deutsche Verwaltung 13 (1936), S. 176-179; K. F. Kolbow, Die Kulturpflege der preussischen Provinzen, Stuttgart 1937, S. 122f.

unterstellt worden wären. Zudem wäre auch die in den 1920er Jahren aus der Volkstumsideologie entwickelte und in den 1930er Jahren weiter behauptete Forderung, die politischen Grenzen dem „Landschaftsorganismus“ Westfalen anzupassen, d. h. zu erweitern, bei einer Realisierung der Reichsreform wohl kaum erfüllt worden.¹⁴ Die Diskussion deutet vielmehr darauf hin, daß die Provinz Westfalen nicht nach kulturell-historischen Kriterien gestaltet, sondern nach politischen und wirtschaftlichen Kriterien in zwei Gaue, Süd und Nord, aufgeteilt worden wäre.

V. Bundesrepublik

In der Bundesrepublik verfolgten der Provinzialverband Westfalen, jetzt Landschaftsverband Westfalen-Lippe genannt, und der WHB ihre Politik der Förderung und Erforschung der westfälischen Eigenart und des Westfalenbewußtseins zunächst ungebrochen weiter. Eine Prüfung dieser Politik sowie ihrer Grundwerte von Heimat und Volkstum unterblieb. Nicht diese Grundwerte, sondern nur die NSDAP, die daran durch ihre zentralistische Politik Verrat geübt hätte, sah man diskreditiert und sich selbst als Opfer dieser Politik. Hinzu kam, daß der Neugliederungsauftrag des Grundgesetzes zumindest bis zur Mitte der 1950er Jahre erneut Gefahren bzw. Chancen der Veränderung der westfälischen Grenzen bedeutete.¹⁵

Als sich der Neugliederungsauftrag faktisch erledigte und als die organisch-biologischen Ganzheitsvorstellungen, wonach die Deutschen ein Volk mit einem gemeinsamen kulturellen Erbe und entsprechenden Interessen seien, zugunsten eines Verständnisses zurücktraten, das anstelle des Volkes eine Gesellschaft mit unterschiedlichen Interessen, Erbe- und Kulturvorstellungen sah, begann sich auch der Kulturbegriff zu erweitern und die Kulturpolitik zu öffnen.¹⁶ Die neue Kulturpolitik richtete sich in demokratischem Sinne auf die Förderung der Pluralität des kulturellen Lebens;

14 Vgl. generell D. Rebentisch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945*, Wiesbaden 1989.

15 Vgl. K. Zuhorn, *Landschaft und landschaftliches Bewußtsein als Grundelemente organischer Staatsgliederung und die staatspolitische Bedeutung der Landschaftlichen Kulturpflege*, in: L. Baumeister/H. Naunin (Hrsg.), *Selbstverwaltung einer Landschaft. Initiativen und Aufgaben am Beispiel Westfalens*, Stuttgart 1967, S. 21-61; W. Hostert, *Die landschaftliche Kulturpflege in Westfalen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges*, in: K. Tepe (Hrsg.), *Selbstverwaltungsprinzip und Herrschaftsordnung. Bilanz und Perspektiven landschaftlicher Selbstverwaltung in Westfalen*, Münster 1987, S. 273-295. Zur Rolle Westfalens in der Neugliederungsdebatte vgl. K. Tepe, *Politik und Wissenschaft im Diskurs. Die Debatte um die Neugliederung des Bundesgebietes in den 1950er Jahren*, in: *Westfälische Forschungen* 49 (1999), S. 437-471.

16 Vgl. K. Ditt, *Landschaftliche Kulturpolitik in Westfalen zwischen Globalisierung und Regionalisierung*, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften* 39 (2000), S. 73-93.

es ging jetzt immer weniger um die „Pflege“ einer als homogen verstandenen „westfälischen Kultur“ und eines Westfalenbewußtseins, sondern mehr um die „Pflege“ des vielfältigen Spektrums der in Westfalen entstandenen und entstehenden Kulturen. Ziel der Kulturpolitik der 1970er Jahre wurde es, „Kultur für alle“ bereitzustellen. Diese Neuorientierungen führten dazu, daß immer weniger die Erforschung und Präsentation der Eigenart Westfalens, als vielmehr die Übereinstimmungen in der Kultur und Geschichte Westfalens mit anderen Räumen thematisiert und ein gesamtwestfälischer Bezug tendenziell zurückgestellt wurden.

Die Kulturpolitik des Provinzial- bzw. Landschaftsverbandes, die ursprünglich auf die Förderung eines spezifischen, nämlich „westfälisch“ definierten Gegenstandes ausgerichtet war, gab damit ihren Gegenstand preis; er wurde auf eine räumliche Hülle ohne spezifische Inhalte reduziert.¹⁷ Diese „Entseelung“ führte wiederum dazu, daß die Landschaftliche Kulturpolitik stärker in die Konkurrenz anderer Kulturförderer geriet. Raum und Kultur Westfalens wurden gleichsam Container mit heterogenen Inhalten, die als Förderobjekte jeglichem kulturpolitischem Träger offenstanden. Mit dem Verschwinden „des Westfälischen“ löste sich schließlich auch die

17 Damit wurde „Westfalen“ und „westfälisch“ gleichsam für das Marketing interessant. Es hat in den 1990er Jahren damit begonnen, Westfalenstereotype aufzugreifen und an das Westfalenbewußtsein zu appellieren, um damit den Absatz zu erhöhen. Dies gilt vor allem für die Anpreisung von Produkten aus der Landwirtschaft bzw. der Nahrungsmittelindustrie. In diesem Bereich gab es in Westfalen – wie in anderen „Stammeslandschaften“ auch – offenbar ein überzeugend wirkendes Angebot, das mit dem Prädikat ‘westfälisch’ ausgezeichnet und aufgewertet werden konnte, wurde doch in diesem Raum nach der Überlieferung spätestens seit dem 16. Jahrhundert deftig, natürlich und gesund gegessen und getrunken. Deshalb wurden und werden vor allem Brot, Schinken und Bier gerne von den entsprechenden Herstellern als ‘westfälisch’ bezeichnet (Vgl. Vgl. B. Krug-Richter, „Das Land der Pumpernickel und der Schinken?“ Zur Relevanz des Regionalen oder Ernährungsgewohnheiten zwischen Stereotyp und Realität, in: Westfälische Forschungen 45 (1995), S. 242-270). Damit berufen sich die Marketingexperten nicht nur auf bestimmte, besonders bekömmlich erscheinende „Rohstoffe“ des Landes und auf eine traditionelle Kompetenz in der Herstellung, vergleichbar mit der Herstellung anderer gewerblicher Produkte, sondern appellieren auch an stereotype Bilder, d.h. versuchen durch die Verkoppelung ihres Nahrungsmittelproduktes mit dem Attribut ‘westfälisch’ etwas Unverwechselbares von konstanter Qualität zu schaffen, einen neuen Markenartikel, der von dem alten „Markenartikel“ ‘westfälisch’ profitieren soll. Hinzu kommt angesichts der zunehmenden Internationalisierung, ja Globalisierung der Werbemotive, daß durch die Assoziation eines Nahrungsmittelproduktes mit einer Region der Eindruck der Echtheit und Originalität erweckt und eine Resonanz aus dem Kontrast zu Anzeigen mit einer globalen Symbolik gewonnen werden kann. Nach der Essentialisierung bzw. Kulturalisierung des Begriffs „westfälisch“ im frühen 20. Jahrhundert bedeutet das Wiederaufgreifen dieses Verständnisses durch das Marketing eine Form der Kommerzialisierung und „Säkularisierung“, so daß dieser Begriff kaum noch als kulturell-politische Kategorie eines Gemeinschaftsbewußtseins ironiefrei verwandt werden kann.

Symbiotik zwischen westfälischer Kultur, Westfalenbewußtsein, Landschaftlicher Kulturpolitik und ihren legitimatorischen Funktionen für die Existenz des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe auf.

Das Verschwinden der Frage dessen, was räumlich als „Westfalen“ und sachlich als „westfälisch“ gilt, hat gegen Ende des 20. Jahrhunderts zwei weitere Prozesse gefördert, die zum Nachlassen des Westfalenbewußtseins führten. Zum einen hat das Zurücktreten eines historisch-kulturell bestimmten Westfalen- und Gemeinschaftsverständnisses einzelne Teilregionen Westfalens, so z. B. Ostwestfalen oder das Ruhrgebiet,¹⁸ zu eigenen Profilierungsanstrengungen und zur Förderung eines eigenen Regionalbewußtseins ermuntert. Vor allem im Ruhrgebiet prägten sich die im gesamten 20. Jahrhundert immer wieder auftretenden Forderungen, eine eigene politische Verwaltung zu erhalten, seit den 1990er Jahren immer stärker aus. In der Tat ist das Ruhrgebiet mit seiner langen Dominanz der Schwerindustrie, seiner „grenzüberschreitenden“, das „sächsische“ und das „fränkische“ Stammesgebiet umfassenden Lage und vor allem dem hohen Anteil von nichtwestfälischen Zuwanderern immer ein Fremdkörper im traditionellen Westfalenverständnis und lange Zeit auch eine Leerstelle in der Kulturpolitik des Provinzial- bzw. Landschaftsverbandes und der Heimatbewegung gewesen. Umgekehrt haben die Kommunen und Kreise des westfälischen Teils des Ruhrgebiets auch immer teils ressentimentgeladen, teils neidvoll auf die Konzentrierung und damit „Vorenthaltung“ von Verwaltungsfunktionen geblickt, die außerhalb ihres Gebietes, vor allem in Münster, angesiedelt waren.¹⁹

Zum anderen hat die Aufgabe des traditionellen Westfalenverständnisses, besser: seine ausbleibende Anpassung an den sozialen und wirtschaftlichen Wandel in dieser Region bzw. seine vernachlässigte Neudefinition das Bestreben der Landesregierung Nordrhein-Westfalen erleichtert, dem Westfalenbewußtsein ein nordrhein-westfälisches Bewußtsein überzuordnen. Dazu hat die Landesregierung seit den 1980er Jahren die innere Differenzierung Westfalens durch die Bildung wirtschaftlicher und kultureller

18 Vgl. S. Baumeier, Zur Konstruktion einer Region/Kulturregion. Beobachtungen aus OWL, in: Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde 44 (1999), S. 215-227; E. Südfeld, Regionalisierte Strukturpolitik am Beispiel Ostwestfalen-Lippe, in: Städte- und Gemeinderat 7 (1993), S. 195-200; K. Tenfelde (Hrsg.), Ruhrstadt. Visionen für das Ruhrgebiet. Vier Diskussionsrunden im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets, Bochum, März-Juni 2002, Bochum 2002.

19 Für das Ruhrgebiet beginnen sich jedoch seit den 1970er Jahren eigene Stereotypen zu entwickeln. Vgl. S. Goch, „Der Ruhrgebietler“ – Überlegungen zur Entstehung und Entwicklung regionalen Bewußtseins im Ruhrgebiet, in: Westfälische Forschungen 47 (1997), S. 585-620. Zu den Versuchen, das ‚Westfälische‘ im Ruhrgebiet zu entdecken und gegen das ‚Rheinische‘ abzugrenzen, vgl. die Schriften von Wilhelm Brepohl.

Förderregionen gestärkt und durch Aufgabenentzug, ja durch den Versuch der Beseitigung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe den wichtigsten kulturell-politischen Förderer des Westfalenbewußtseins erfolgreich geschwächt.²⁰

Die jüngere Geschichte der Selbstverteidigung dieses Verbandes zeigt, daß er vor allem durch die von ihm finanziell abhängigen Trabantenorganisationen und durch die Stadt Münster, die seine Verwaltung und zahlreiche seiner Institutionen beherbergt, verteidigt wird, während seine wichtigsten finanziellen und politischen Träger, die kreisfreien Kommunen und die Kreise Westfalens, Reserven erkennen lassen. Die Bevölkerung erscheint indifferent; offenbar wird sie durch die Infragestellung des wichtigsten Förderers des Westfalenbewußtseins weder beunruhigt noch mobilisierbar. Man kann daraus folgern, daß das Westfalenbewußtsein stark nachgelassen hat, etwa weil es angesichts deutlicher Individualisierungs- und Globalisierungstendenzen überflüssig erscheint bzw. die falsche Ebene eines Gemeinschaftsbewußtseins anbietet oder weil es heute auf anderen Grundlagen als auf Raum, Geschichte und Kultur beruht, deren Erforschung und Darstellung im Mittelpunkt der Kulturpolitik des Verbandes steht.²¹

20 Vgl. zu den Anfängen W. Köhler, Landesbewußtsein als Sehnsucht, in: P. Hüttenberger (Hrsg.), Vierzig Jahre Nordrhein-Westfalen. Historische Entwicklungen und Perspektiven des Landes, Düsseldorf 1986, S. 171-185; S. Marx, Stiftung von Landesbewußtsein – das Beispiel des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Franz Meyers, in: Geschichte im Westen 16 (2001), H. 1, S. 7-19; E. Hebecker, „Wir in Nordrhein-Westfalen“ – Die NRW-Kampagne als alternatives Konzept politischer Steuerung, in: S. Baringhorst/B. Müller/H. Schmied (Hrsg.), Macht der Zeichen – Zeichen der Macht. Neue Strategien politischer Kommunikation, Frankfurt a. M. 1995, S. 45-70. Vgl. zur Differenzierungspolitik Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung Kultur und Sport, Ziele und Aufbau der Landeskulturpolitik in Nordrhein-Westfalen, Manuskript Ende 1999; Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 12/1709 vom 16.1.1997; Landtag Nordrhein-Westfalen, Plenarprotokoll 12/47, 29.1.1997, S. 3847 ff.; Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW, Auf dem Weg der Regionalen Kulturpolitik in der Kulturregion Münsterland. Konzept, Leitvorstellungen und Profile, Organisation und Verfahren, Düsseldorf 1998; Dass., Auf dem Weg der Regionalen Kulturpolitik in der Kulturregion Sauerland. Konzept, Leitvorstellungen und Profile, Organisation und Verfahren, Düsseldorf 1998; Dass., Auf dem Weg der Regionalen Kulturpolitik in der Kulturregion Hellweg. Konzept, Leitvorstellungen und Profile, Organisation und Verfahren, Düsseldorf 1998; N. Sievers, Neue Wege der Landeskulturpolitik? Über den Versuch einer beteiligungsorientierten regionalen Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen, in: Kulturpolitische Mitteilungen 77/II (1997), S. 27-32; C. Schulz, Regionale Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalens, in: Kulturpolitische Mitteilungen 77/II (1997), S. 33-39. .

21 Der bislang letzte Versuch, das Westfalenbewußtsein als Gemeinsamkeit zu sehen und zu fördern, stammt aus dem Jahre 1999. Die Stiftung Westfalen-Initiative, die aus dem Erbe eines westfälischen Unternehmers hervorgegangen ist, hat im Jahre 2001 eine „Stärken-Schwächen-Analyse Westfalen“ veröffentlicht, die „die gemeinsamen Interessen Westfalens stärker zur Geltung bringen [sowie] westfälisches Bewußtsein schärfen

VI. Zusammenfassung

Überblickt man abschließend die Entwicklung des Westfalenbewußtseins im 19. und 20. Jahrhundert unter dem Gesichtspunkt, warum es faktisch ein kulturelles Bewußtsein geblieben ist, aus dem zwar zeitweise, vor allem in der Weimarer Republik, politische Ansprüche abgeleitet wurden, aus dem aber kein Zuwachs an Territorium oder Kompetenzen erwachsen, so werden sowohl nationale als auch spezifisch westfälische Ursachen deutlich. Generell nahmen wohl die föderale Struktur des Deutschen Reiches bzw. der Bundesrepublik und die hohe Bedeutung der Selbstverwaltung der Entwicklung eines antizentralistischen Regionalbewußtseins bis hin zum Regionalismus viel Wind aus den Segeln. Zudem riskierte es der Staat nicht, wie die Diskussionen um die Reichsreform Ende der 1920er Jahre und um die Neugliederung zu Beginn der 1950er Jahre zeigen, Grenzen und Kompetenzen der Provinzen bzw. Länder ernsthaft in Frage zu stellen und damit regionalistische Konflikte zu provozieren. Es bedurfte der alliierten Besatzung in der Umbruchzeit nach dem Zweiten Weltkrieg, um territoriale Veränderungen innerhalb Deutschlands durchzusetzen.

In Westfalen waren die Bedingungen für die Entwicklung eines starken Regionalbewußtseins von vornherein nicht sonderlich günstig. Zwar hatten sich diffuse Vorstellungen von Raum und „Charakter“ der Westfalen im Verlauf der Jahrhunderte herausgebildet. Es fehlte diesem Raum jedoch an einer Tradition politischer Einheit und Führung sowie an einer glanzvollen Vergangenheit, aus denen sich ein starkes Regionalbewußtsein entwickeln konnte. Zudem war Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert in unterschiedliche Wirtschafts-, Sozial- und Konfessionsräume gegliedert. Dabei erwies sich Münster als „Hauptstadt“ zunehmend als zu klein und zu einseitig, d. h. katholisch, ländlich und bürokratisch geprägt, um als unumstrittener Mittelpunkt und als Führungszentrum anerkannt zu werden. Schließlich fehlte es auch an einer sozialen Gruppe oder einer Institution, die ihre Interessen mit den Interessen des gesamten Raumes und einem Regionalismus hätte verknüpfen oder eine Benachteiligung – etwa gegenüber dem

und westfälische Identität betonen“ will (Zit. nach Stärken-Schwächen-Analyse Westfalen, hrsg. von der Stiftung Westfalen-Initiative für Eigenverantwortung und Gemeinwohl [Autor: Hans Wielens], [Münster] 2001, S. 20). Dabei hat sie u. a. eine Phänomenologie typischer Westfalen – „ob sie nun dort geboren oder ... zugezogen sind“ entwickelt: Sie würden als „geradlinig, verlässlich, beharrlich (stur), unabhängig, freiheitsliebend, ausdauernd, bodenständig, belastungsfähig, hilfsbereit (wenn angesprochen), streng, gastfreundlich, sparsam, naturverbunden, vernünftig und maßvoll, wertkonservativ bezeichnet“, Eigenschaften, die durch die unterschiedlichen Landschaften dieses Raumes geprägt würden (Zitate ebd., S. 6). Dieser Versuch einer Wesensbestimmung Westfalens und der Westfalen ist letztlich ein Relikt der Romantik bzw. Neoromantik.

Rheinland – überzeugend hätte belegen können. Die Verwaltung des Provinzial- bzw. Landschaftsverbandes stellte sich zwar als Selbstverwaltungsorganisation der Kommunen und Kreise und damit als Sprecher der gesamten Bevölkerung Westfalens dar. Sie war aber – mit Ausnahme der Weimarer Republik, wo sie direkt gewählt wurde – letztlich nur eine Organisation mit sehr begrenzten Kompetenzen für die Gestaltung des Lebens der Bevölkerung in Westfalen. Zudem definierte ihre Kulturpolitik Westfalen lange Zeit nur in einer bildungsbürgerlich-konservativ geprägten Weise, so daß sie die Erfahrungswelt und die Interessen nur eines kleinen Teils seiner Bewohner erreichte.

Letztlich erklären also die föderale Struktur sowie die hohe Bedeutung der lokalen und regionalen Selbstverwaltung innerhalb der deutschen Verfassung einerseits, andererseits die mangelnden Verankerungen vergangener Einheit und Größe zusammen mit den Schwierigkeiten, in einem heterogenen Raum gruppen- und institutionenspezifische Interessen gesamtwestfälisch zu überhöhen, die Schwäche des Regionalbewußtseins und des Regionalismus in Westfalen.